

## Volksabstimmung

Es ist erfreulich, dass mit Ausnahme der CDU alle Parteien eine Volksabstimmung auf Bundesebene befürworten. Die Frage ist allerdings, ob es überhaupt möglich ist, diesen breiten Konsens umzusetzen. Für die Skepsis gibt es Gründe: Zwischen der 8. und der 17.

Legislaturperiode des deutschen Bundestages, das sind 37 Jahre, sind 23 Gesetzesinitiativen zur Einführung einer Volksabstimmung auf Bundesebene gescheitert. Es geht hier um Zeitraum 1976-2013, in dieser Zeiträumen gab es fast alle denkbaren Koalitionen von sozialliberal über rotgrün und FDP/CDU bis zu einer großen Koalition.

Zuletzt wurde am 9. Juni 2016 ein Gesetzesentwurf der Fraktion die LINKE zu diesem Thema abgelehnt – mit den Stimmen von CDU und SPD.

Weiterhin soll auf ein Ereignis hingewiesen sein, das sich vor einem knappen Jahr ereignete. Am 14. November 2016 lehnte der Petitionsausschuss des Bundestages pauschal 444 Petitionen ab. Unter anderem eine Petition initiiert von einer Privatperson, Werner Fischer, von 2006, die die Volksabstimmung auf Bundesebene forderte. Die Petition hatte knapp 12.000 Unterzeichner.

Interessant ist dabei nicht nur, dass sich der Petitionsausschuss 10 Jahre Zeit ließ mit der Entscheidung über die Petition, viel interessanter ist die Begründung. Darin heißt es unter anderem: "Der Petitionsausschuss macht darauf aufmerksam, dass direktdemokratische Verfahren auf Bundesebene nicht zu unterschätzende Risiken bergen. Darüber hinaus besteht grundsätzlich die Gefahr einer populistischen Ausnutzung des Instruments des Volksentscheids. Insbesondere in schwierigen europa- finanz- wirtschafts- oder sozialpolitischen Fragen könnten direktdemokratische Elemente unerlässliche, aber in der Bevölkerung auf Ablehnung stoßende Reformprozesse blockieren. Sie können aber auch zu gravierenden Konsequenzen führen wie die Brexit-Abstimmung in Großbritannien am 23. Juni 2016."

Das muss man sich wirklich auf der Zunge zergehen lassen! Man muss sich schon fragen, wer in unserer Demokratie bestimmt, was unerlässliche Reformen sein sollen? Die politische Klasse oder der Souverän? Diese Begründung des Petitionsausschusses ist ein Offenbarungseid und absolut skandalös. Populismus heißt also seit Neuestem all das, was der herrschenden politischen Klasse nicht passt.

Fischer, der die Petition eingereicht hat, vermutet hinter der Ablehnung das Folgende: „Um die Unterstützung der Union für Steinmeier als Bundespräsident zu erhalten, hat die SPD ihre bisherige Blockade der Ablehnung der Petitionen im Herbst 2016 aufgegeben - kann ich zwar nicht beweisen, würde aber zeitlich passen.“ Klingt nicht völlig abwegig.

Insofern sollte man mit den Bekenntnissen von Parteien wie der SPD zu einem bundesweiten Volksentscheid, wie ihn im Augenblick die Initiative „Mehr Demokratie“ vorantreibt, vorsichtig sein, denn im Zweifelsfall wird das Bekenntnis als Konzession an den Koalitionspartner geopfert.